



Zeitung der Basisorganisation DIE LINKE Schwedt

DIE LINKE.

Nr. 04/2020

Schöner leben ohne Hass, Hetze, Verleumdungen, Rassismus, Hysterie und Dummheit

Die Medien verkünden am Nachmittag des 1. Augusts, dass die Polizei die Großkundgebung gegen die Corona-Maßnahmen auf der Straße des 17. Juni nahe des Brandenburger Tors wegen Nichteinhaltung der Hygieneregeln aufgelöst hat. Laut Polizei hatten sich dort etwa 20.000 Teilnehmer unter dem Motto „Ende der Pandemie – Tag der Freiheit“ versammelt. Übrigens unter dem Titel „Tag der Freiheit“ lief anlässlich des NSDAP-Parteitages 1935 ein Propagandafilm von Leni Riefenstahl.

FREIHEIT – der Begriff wird oft missbraucht. Man bezeichnet ihn als einen Grundbegriff der modernen Demokratien und zählt zu den wichtigsten Grund- und Menschenrechten. Zu unterscheiden sind aber zwei miteinander verbundene Bedeutungen:

die „Freiheit von Etwas“ (Forderung nach Unabhängigkeit und Abwesenheit von Zwang und Unterdrückung)

und

die „Freiheit für Etwas“ (die tatsächliche Umsetzung und letztlich die Übernahme der Verantwortung für das, was ohne Zwang und Unterdrückung getan oder unterlassen wird).

Die Corona-Krise erweist sich als ein guter Test für ein Handeln zum Wohl der Allgemeinheit. Zu Beginn der Pandemie lehnten viele Menschen, durchaus auch aus unterschiedlichen Gründen, die Mund-Nasen-Bedeckung ab. Ein häufiges Argument war und ist, dass man sich so gar nicht selbst schützen kann, sondern nur die Anderen. Der einfachste solidarische Schritt – wenn Alle die Anderen schützen, sind Alle geschützt – war und ist für diese Menschen eine zu starke Abstraktion.

Corona-Skepsis ist ein wunderbares Vehikel für fast jede Ideologie. Jener Menschenschlag hat sich das Denken an Andere schon im Grundsatz verboten: bröckelnde rechtsradikale Bünde, Reste von Pegida, Hildmann-Fans, Impfgegner, Antisemiten, die (Berliner) NPD sowie andere verschwörungsideologische Organisationen zeigen, wessen Geistes Kind die Corona-Protteste sind.

Aus dem Inhalt:

Schöner leben ohne Hass, Hetze, ...	S.1
Buntes Bündnis gegen AfD	S.2
Aus der Kommunalpolitik	S.3
Zum Abzug der US-Truppen,	S.4
Waffenexporte durch Deutschland	S.5
Zum Rücktritt von Katrin Lompscher	S.6
In eigener Sache	S.7
Termine/Arbeitsplan, Geburtstage	S.8

Erschreckend, dass Corona-Protteste für manche Bürger gleichzeitig als Event (Veranstaltung) empfunden werden, obwohl offen rechtspopulistische und rechtsextreme Aussagen getroffen werden.

Angesichts dieser Gemengelage muss die Stärkung der Zivilgesellschaft auch in veränderter Form im Zentrum stehen. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus muss an neue Realitäten angepasst werden. Rechte Kräfte vernetzen sich jetzt anders als vor zehn oder zwanzig Jahren. Sie rüsten auf und verstehen sich gut zu tarnen. So gilt es u. a. auch, Hass und Hetze im Internet auf intelligente Art Paroli zu bieten.

Monika Gohl

"Ich fürchte mich nicht vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske von Faschisten, sondern von der Rückkehr der Faschisten in der Maske der Demokraten."

Theodor W. Adorno

Quelle: ndDer Tag vom 30. Juli 2020

Buntes Bündnis gegen AfD und Andreas Kalbitz am 21.06.2020

Rund 200 Menschen demonstrierten trotz schlechten Wetters am 21.06.2020 in Schwedt gegen die AfD-Kundgebung auf dem Platz der Befreiung, die unter dem Motto "Deutschland steht auf - Der Weg aus der Krise" stattfand. Sie alle waren dem Aufruf der Linken und eines bunten Bündnisses aus verschiedenen Organisationen, Parteien, Kirchenkreisen, Gewerkschaften und Abgeordneten aus Schwedt, der Uckermark und des Landes gefolgt und wollten mit ihrer Anwesenheit zeigen, dass hier kein Platz für Rechtsextremismus und rassistische Politik ist. Beeindruckend war, dass sehr viele junge Leute ihren Unmut in Sprechchören gegen die AfD zum Ausdruck brachten. Das bunte Programm mit vielen Künstlern und Musikdarbietungen war sehens- und vor allem hörens- und wert.

Bärbel Ramm, unsere Fraktionsvorsitzende, hatte sich auch zu Wort gemeldet, in dem sie u. a. sagte: "... Ich freue mich, dass so viele Menschen heute gekommen sind, um mit uns für ein buntes Schwedt, für den den Erhalt der Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit und Hass zu demonstrieren. Rechte Politiker aus den Kreisen der AfD schüren Ängste und verbreiten Hass gegen Andersdenkende und Anderssprechende. ... Schwedt ist bunt, wie seine Bevölkerung vielfältig ist. Wir haben die sog. Urschwedter und Zugezogene aus allen Regionen Deutschlands und auch aus dem Ausland. Ich selbst bin vor 38 Jahren nach Schwedt gezogen. Meine Kinder und meine Enkelin sind hier geboren. Ich arbeite in der Gesamtschule Talsand mit polnischen Kollegen zusammen, die nicht nur ihre Heimatsprache ... unterrichten. Ohne sie könnte der Unterricht nicht abgedeckt werden. Meine Schüler kommen aus 8 verschiedenen Ländern und wohnen in Schwedt und Umgebung. Das ist eine echte Bereicherung. Ohne die polnischen und auch syrischen Ärzte und Schwestern würde der Betrieb im Klinikum unserer Stadt nicht funktionieren. Unser Theater spielt mit polnischen Schauspielern, und zu Weihnachten gibt es ein Märchen in deutsch-polnischer Sprache, das immer gut besucht ist."

Irmtraut Giel



Aus der Kommunalpolitik

Aus dem Redebeitrag von Andreas Grote auf der SVV am 25.06.2020 zum Thema "Erhöhung der Aufwandsentschädigungen":

Ich möchte kurz darlegen, weshalb ich die Satzung in der vorliegenden Form nicht mittragen kann. Ich halte sie symbolisch für völlig falsch, da es wie eine Selbstbedienung wirkt, wo wir doch sonst recht zurückhaltend und sparsam das Geld behüten, und für unnötig. Folgende Argumente wurden für die Änderungen ins Feld gebracht:

- 1) Man müsse der entsprechenden Verordnung des Landes folgen. Das ist richtig, aber man muss nicht die dort genannten Maximalbeträgen mit Ausnahme für die monatliche Pauschale, beschließen. Man darf darunter bleiben.
- 2) Die regelmäßigen Erhöhungen für Land- und Bundestag wurden seit über zehn Jahren nicht mitgemacht und außerdem ist die Erhöhung marginal, und man läge damit immer noch unterhalb des Mindestlohnes. Das stimmt auch. Aber der Vergleich hinkt. Wir sind hier als Ehrenamtler aktiv, die selbstverständlich für ihren Aufwand entschädigt werden müssen und deren Engagement auch gewürdigt werden soll. Aber unsere Entschädigungen liegen eben schon weit über denen der meisten Ehrenamtler.
- 3) Man finde sonst keine Interessenten mehr. Das Problem existiert. Aber die richtigen, engagierten Leute motiviert man doch nicht mit etwas mehr Geld, sondern durch die Möglichkeit mitzugestalten. Der zeitliche Aufwand lässt sich doch gar nicht einheitlich in Geld ausdrücken, der materielle ist viel, viel geringer.
- 4) Die Verantwortung, die wir tragen, müsste sich auch im Geld widerspiegeln. Das kann ich nicht nachvollziehen, da wir letztlich nicht haften für unsere Entscheidungen.

Kurz: diese Satzung kostet den Steuerzahler demnächst 64.000 € pro Jahr ohne erkennbaren Nutzen. Nötig wäre höchstens eine Umverteilung der Bezüge hin zu den sachkundigen Einwohnern und Ortsbeiräten gewesen ohne das gesamte Budget zu erhöhen. Dennoch wird diese Satzung heute hier so beschlossen werden, und auch die Nein-Sager werden mehr Geld bekommen. Meine Fraktion wird, wie auch schon in den vergangenen Jahren, einen nennenswerten Teil der Aufwandsentschädigungen an lokale Vereine spenden. Wermutstropfen ist, dass meines Wissens nach nur ausgerechnet die AfD-Fraktion unsere Argumentation übernommen hat.

Taxi fahren in Schwedt – ein schwieriges Unterfangen

Mehrfach auf Misstände bei der Taxibeförderung in Schwedt durch Bürger unserer Stadt angesprochen, nahm die Fraktion DIE LINKE sich der Problematik an und suchte das Gespräch mit den beiden noch in Schwedt ansässigen Taxiunternehmen Korschin und Schönfeld sowie dem Fachbereich 6 für Ordnung, Brandschutz und Bürgerangelegenheiten der Stadtverwaltung Schwedt. Aus der Stadtverwaltung bekamen wir durch die Beigeordnete Frau Hoppe die schriftliche Antwort, dass durch die Taxiunternehmen eine Beförderungspflicht innerhalb des Pflichtbereichs (Landkreis Uckermark) besteht (siehe auch Beilage in KoppHoch 03/2020). In Schwedt fahren derzeit sechs Taxen. Es könnten aber 20 Konzessionen vergeben werden, nur, es mangelt an Unternehmen. 1990 waren es noch neun Taxiunternehmen mit insgesamt 20 Taxen. Das Interesse, ein Taxiunternehmen zu eröffnen, bzw. in den vorhandenen Taxiunternehmen mehr Taxen vorzuhalten, scheitert daran, dass die Unternehmen nicht kostendeckend arbeiten können. Deshalb werden auch zunehmend mehr Krankenfahrten angenommen, wie Fahrten zur Dialyse oder zu Therapien. Damit sind die Taxen zu 85-90% ausgelastet. Vor allem die Kurzstrecken in Schwedt sind nicht kostendeckend.

Hier muss der Landkreis in die Pflicht genommen werden. Ähnlich dem Modell in Berlin, wo die Berliner Verkehrsbetriebe die Taxen mit einem bestimmten Betrag monatlich für die Daseinsvorsorge unterstützen. Es sollte ein monatlicher Zuschuss durch den Landkreis an die Taxiunternehmen gezahlt werden.

In der Sitzung des Kreistages am 15.07.2020 wurde die längst überfällige Tarifverordnung Taxen beschlossen, die ab 01.09.2020 in Kraft tritt und schon jetzt nicht mehr aktuell ist. Die letzte Anpassung erfolgte am 01.07.2015! Die Fraktion DIE LINKE des Kreistages Uckermark hat die Landrätin und das zuständige Dezernat aufgefordert, umgehend eine neue Tarifverordnung Taxen auf den Weg zu bringen und dafür die Taxiunternehmen des Landkreises Uckermark in einem Gespräch anzuhören.

»Bitte, vergesst Eure Atomwaffen nicht«

Mit dem Abzug von US-Truppen will Präsident Trump Deutschland dafür bestrafen, als NATO-Partner zu wenig fürs Militär auszugeben. Nun werden die Pläne der US-Regierung hierfür konkreter. Laut US-Verteidigungsminister Mark Esper sollen etwa 11.900 derzeit in der Bundesrepublik stationierte Soldaten verlegt werden. Man wolle den Teilabzug "so schnell wie möglich" umsetzen.

Dietmar Bartsch begrüßt das: "Es ist gut, dass die USA beim Truppenabzug nun Nägel mit Köpfen machen. Bitte, vergesst Eure Atomwaffen nicht! Bund und Länder dürfen keine Zeit verstreichen lassen, um eine sinnvolle und nahtlose zivile Nutzung der ehemaligen US-Stützpunkte zu ermöglichen." Für Sevim Dagdelen ist der angekündigte Teilabzug "ein guter Tag für Frieden und Sicherheit in Europa".

Die Außenpolitikerin fordert US-Präsident Donald Trump auf, "die verbleibenden rund 23.000 US-Soldaten auch abzuziehen und die US-Atomwaffen gleich mitzunehmen. Eine Verlegung von US-Truppen aus Deutschland nach Osteuropa käme einer weiteren Eskalation seitens der US-Administration gegenüber Russland und einem offenen Bruch der Vereinbarungen der NATO mit Russland gleich. Die Bundesregierung muss gegenüber Washington darauf drängen, dass dieses Säbelrasseln der USA gegenüber Russland unterbleibt".

"Von der Strafe kann ich gar nicht genug kriegen. Wenn der Trump nur in dieser Form straft, meinetwegen", kommentiert Gregor Gysi in der ARD-Tagesschau.

Fraktionsvizin Heike Hänsel appelliert: "Die Bundesregierung muss die vom Abzug betroffenen Regionen jetzt schnell mit einem zivilen Aufbaufonds unterstützen, um den Wegfall von Steuereinnahmen zu kompensieren und alternative Arbeitsplätze zu schaffen."

Dietmar Bartsch, Gregor Gysi, Sevim Dagdelen, Heike Hänsel

30. Juli 2020

Newsletter 28/2020



Waffenexportstopp für die USA!

„Es ist unerträglich, dass die Bundesregierung weiterhin den Verkauf von deutschen Waffen in die USA genehmigt, obwohl mittlerweile bekannt geworden ist, dass durch rassistische Gewalt in Kritik geratene US-Polizeibehörden mit Waffen deutscher Rüstungsfirmen ausgerüstet sind. Die Bundesregierung muss künftig verhindern, dass rassistische US-Polizeigewalt durch Ausrüstung 'Made in Germany' stattfinden kann«, fordert Sevim Dagdelen, Außenexpertin der Fraktion DIE LINKE. „Angesichts der rassistischen Gewalt durch US-Polizeikräfte bedarf es dringend eines umfassenden Waffenstopps für die USA sowie eines Verbots von Lizenzvergaben für Klein- und Leichtwaffen.“

Anlass der Forderung ist die Befürchtung, dass US-Polizisten Waffen oder andere Ausrüstung aus deutscher Produktion gegen Demonstranten einsetzen, die, ausgelöst durch die Tötung des Afroamerikaners George Floyd bei einem brutalen Polizeieinsatz in Minneapolis vor zwei Monaten, landesweit seitdem gegen Rassismus und Polizeigewalt auf die Straße gehen. Immer wieder kommt es dabei zu brutalen Polizeieinsätzen.

Fortsetzung S. 5

Davon betroffen war unter anderem auch ein Fernsehteam der Deutschen Welle in Minneapolis, das während ihrer Vorbereitung auf die Live-Berichterstattung mittels eines Gummimantelgeschosses angegriffen und von einem Polizisten mit der Festnahme bedroht wurde. Obwohl Bundesaußenminister Heiko Maas Aufklärung durch die US-Behörden gefordert hatte, ist auch sieben Wochen nach dem Vorfall davon keine Spur.

Ahnungslos gibt sich die Bundesregierung auch über die Anwesenheit von nicht gekennzeichneten US-Bundesbeamten, die zum Teil in paramilitärischen Uniformen gekleidet und keine identifizierenden Insignien tragend, gegen Protestierende vorgehen. Zuletzt hatte für Aufsehen gesorgt, dass die Regierung von US-Präsident Donald Trump gegen den erklärten Willen der Stadt Portland Sicherheitskräfte des Bundes dorthin entsandte. In der Millionenstadt im Nordwesten der USA kommt es seit fast zwei Monaten jede Nacht zu Protesten.

Unklar ist, ob bei Einsätzen der US-Polizei auch Waffen und Ausrüstung aus deutscher Produktion werden. Zwei der drei großen deutschen Hersteller von Schusswaffen - Heckler & Koch und Sig Sauer - haben laut Antwort der Bundesregierung direkt an US-Polizeibehörden geliefert. Inwieweit diese Schusswaffen bei den Empfängern zum Einsatz kommen, ist der Bundesregierung aber angeblich nicht bekannt. Neben Schusswaffen wurden seit 2010 darüber hinaus 96 Exportgenehmigungen im Wert von rund 298.000 Euro für weitere Güter erteilt, die gegen Demonstranten eingesetzt werden können. Dazu zählen Chemikalien für die Herstellung von Reizgas, Handschellen, Fußfesseln und Elektroschockgeräte.

Aber auch über den Umweg US-Militär könnten deutsche Waffen zur US-Polizei gelangt sein. Das Militär gibt seit Jahren ausrangierte Ausrüstung kostenlos an örtliche Polizeibehörden und Sicherheitskräfte der Bundesstaaten ab. So können sich gepanzerte Wagen, Gewehre oder Nachtsichtgeräte, die einst vielleicht im Irak oder in Afghanistan im Einsatz waren, auf Amerikas Straßen wiederfinden. Nach der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Obfrau der Linksfraktion im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, Sevim Dagdelen, hat die Bundesregierung seit 2010 Rüstungsexporte für 6,2 Milliarden Euro für die USA genehmigt. Darunter waren Gewehre und Maschinenpistolen für 40,5 Millionen Euro sowie Granatwaffen für 47,3 Millionen Euro. Hinzu kommen Schusswaffenteile im Wert von 29,7 Millionen sowie Munition für 265,2 Millionen Euro.

Seit Beginn des Programms vor rund 30 Jahren wurden militärische Güter im Kaufwert von rund 7,4 Milliarden US-Dollar vom US-Verteidigungsministerium an örtliche Sicherheitskräfte in den USA übertragen, heißt es auf der Webseite des Amtes für Militärlogistik. Im Haushaltsjahr 2019 war es Ausrüstung im Neuwert von rund 300 Millionen Dollar. Dazu gehören Uniformen, Rettungsgerät und Werkzeuge, ein sehr kleiner Teil seien Waffen und Militärfahrzeuge.

„Zu Recht erschüttern uns die Bilder aus den USA über die rassistisch motivierte Polizeigewalt und den Einsatz von Trumps Truppen in amerikanischen Städten“, sagt Dagdelen. „Die Bundesregierung muss künftig verhindern, dass rassistische US-Polizeigewalt durch Ausrüstung 'Made in Germany' stattfinden kann.“

Sevim Dagdelen
27. Juli 2020
Newsletter 28/2020

Wichtiger Termin

1. September Weltfriedenstag unter dem Motto "Nie wieder Krieg"

Info-Stände in Schwedt: 10 bis 12 Uhr Platz der Befreiung
14 bis 16 Uhr Bertolt-Brecht-Platz
Kranzniederlegung: 17 Uhr Neuer Friedhof Schwedt

Presse und Aktuelles

Katrin Lompscher erklärt Rücktritt vom Amt der Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen

Katrin Lompscher, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, erklärt in einer Pressemitteilung vom 02.08.2020: „Im Zusammenhang mit der Beantwortung einer schriftlichen Anfrage eines Mitglieds des Abgeordnetenhauses von Berlin zu Beginn dieser Woche ist bekannt und mir bewusst geworden, dass es bei der Abrechnung meiner Bezüge aus Verwaltungs- und Aufsichtsratsstätigkeit Fehler gegeben hat.

Ich habe sofort nach Bekanntwerden der fehlenden Abführung an die Landeskasse reagiert und den Differenzbetrag überwiesen. Parallel dazu habe ich durch mein Steuerberatungsbüro meine Steuererklärungen überprüfen lassen. Im Ergebnis musste ich feststellen, dass versäumt wurde, in den Jahren 2017 und 2018 diese Einnahmen steuerlich geltend zu machen. Daraufhin habe ich unverzüglich eine Korrektur der Steuerbescheide beim zuständigen Finanzamt beantragen lassen.

Für diese Versäumnisse trage ich persönlich die Verantwortung und entschuldige mich dafür. Ich versichere, dass ich nicht mit Vorsatz gehandelt habe. Richtigerweise wird von politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern ein besonderes Maß an Verantwortung erwartet. Dieser Verantwortung bin ich nicht gerecht geworden und bitte die Bürgerinnen und Bürger Berlins dafür um Entschuldigung.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, der gesamte Senat und die Koalition stehen vor großen Herausforderungen. Als Politikerin habe ich stets mit aller Kraft den von Rot-Rot-Grün eingeschlagenen Weg in der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik vertreten. Auf diesem sind wir gemeinsam ein gutes Stück vorangekommen. Das war und ist nicht konfliktfrei, die fachliche und politische Auseinandersetzung habe ich dabei nie gescheut.

Diesen Weg weiterzuführen erfordert ein hohes Maß an persönlicher und politischer Souveränität. Für mich steht fest, dass mein schwerer persönlicher Fehler mein weiteres Handeln als Senatorin dauerhaft überschatten würde. Deshalb erkläre ich mit sofortiger Wirkung meinen Rücktritt vom Amt als Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen und lege zugleich die drei mit dem Amt verbundenen Aufsichtsratsmandate nieder.“

Gemeinsame Erklärung zum Rücktritt von Katrin Lompscher vom 2. August 2020

Katrin Lompscher hat verkündet, dass sie mit sofortiger Wirkung von ihrem Amt als Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen zurücktritt. Dazu erklären Katina Schubert, Landesvorsitzende von DIE LINKE. Berlin, Klaus Lederer, Bürgermeister und Senator für Kultur und Europa, sowie die beiden Vorsitzenden der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, Anne Helm und Carsten Schatz:

„Wir nehmen Katrin Lompschers Entscheidung zum Rücktritt mit größtem Respekt zur Kenntnis. Politische Glaubwürdigkeit misst sich auch daran, wie man mit persönlichen Fehlern umgeht. Katrin Lompscher übernimmt Verantwortung für ihren Fehler und zieht daraus die Konsequenzen. Wir danken Katrin von Herzen für ihre geleistete Arbeit in den vergangenen Jahren. Ihre Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit, ihr Mut auch schwierige Konflikte zu bewältigen, ihre Beharrlichkeit und ihr Ideenreichtum haben eine mieten- und stadtentwicklungspolitische Wende zugunsten der Berlinerinnen und Berliner befördert. Die von ihr angestoßenen politischen Auseinandersetzungen werden wir mit aller Kraft weiterführen.“

Über die Nachfolge werden sich unsere Gremien zeitnah verständigen und einen Vorschlag unterbreiten.“

In eigener Sache

Sofortinformation des Landesvorstands vom 1. August 2020

Am 1. August 2020 traf sich der Landesvorstand zu seiner regulären Sitzung im Rahmen einer Videokonferenz.

Die Mitglieder des Landesvorstands tauschten sich zunächst über die 2 Jahre andauernde Zukunftskonferenz der EU mit unserem Europaabgeordneten Helmut Scholz aus. Der Landesvorstand am 5. September wird sich erneut mit diesem Thema befassen, insbesondere mit der regionalen und alternativen Begleitung der angedachten Bürgeragoren.

Anja Mayer informierte, dass die Landesgeschäftsstelle sich aktuell in der Urlaubszeit befindet und in Teilen nur mit halber Besetzung arbeitet. Am 31. August sind alle Mitarbeiter*innen wieder an Bord, die Landesgeschäftsstelle wird zu diesem Termin nicht besetzt sein und ei-nen Teamtag abhalten.

In der kommenden Woche treffen sich geschäftsführender Landesvorstand und Fraktionsvorstand unserer Landtagsfraktion zu einer 2-tägigen Klausur im Lothar-Bisky-Haus, um die jeweiligen Arbeitsplanungen zu verzahnen und aufeinander abzustimmen.

Katharina Slanina informiert, dass die geplante Kreisvorsitzendenberatung am 11. August zur Vorbereitung der Bundestagswahl in eine Präsenzsitzung unter Beteiligung des Landesvorstands umgewandelt wird, um größtmögliche Transparenz und den Austausch der Kreise untereinander zu ermöglichen.

Katharina Slanina, Anja Mayer und Anke Schwarzenberg werden zur nächsten Sitzung des Landesvorstands eine Diskussionsvorlage zu den Schlussfolgerungen aus den Vorkommnissen in Forst vorlegen.

Weiterhin erfolgte die fortlaufende Verständigung zum Schwerpunkt Mietenpolitik, der neben anderen im Leitantrag von der 1. Tagung des 7. Landesparteitags beschlossen wurde. Der geschäftsführende Landesvorstand wird eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Kreise und der Landtagsfraktion einrichten, um eine mietenpolitische Kampagne vorzubereiten.

Das von der Fraktion vorgelegte ÖPNV-Papier befindet sich nach Hinweisen aus den Kreisen aktuell in einer Überarbeitungsschleife. Zum Ende der Sommerpause soll es vorliegen. Kirsten Tackmann verweist auf eine in der Erarbeitung befindlichen Broschüre der Bundestagsfraktion zum Thema. Eine Diskussion unter Einbeziehung aller Akteur*innen soll erfolgen. Auf der kommenden Landesvorstandssitzung wird die neue Fassung beraten. Der Landesvorstand legt Wert darauf, den Kreisen ein lokales Veranstaltungskonzept anzubieten, zu denen auch externe Akteur*innen eingeladen werden können, und Hilfestellungen zur kommunalen thematischen Bearbeitung zu erstellen.

Unter dem Tagesordnungspunkt Sonstiges informierte Anke Schwarzenberg, dass am 12. Juni 2021 in Seddin das Parlament der Dörfer zusammentreten wird. Sie bittet darum, über regionale Veranstaltungen im Vorfeld informiert zu werden. Mitglieder des Landesverbands werden gebeten, sich aktiv einzubringen. Stefan Ludwig informiert darüber, dass das kommunalpolitische Forum sich aktuell in der Planungsphase für regionale Veranstaltungen befindet.

Herzliche Grüße

Katharina Slanina, Anja Mayer, Mario Dannenberg

DIE LINKE.
B R A N D E N B U R G

Termine/Arbeitsplan Basisorganisation Schwedt, Stand: August 2020

12.08.2020	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Klein Ziethen	
13.08.2020	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle	
25.08.2020	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum	
01.09.2020	Info-Stände in Schwedt Thema: Nie wieder Krieg	10 bis 12 Uhr Platz der Befreiung, 14- bis 16 Uhr Bertolt-Brecht-Platz	
01.09.2020	Kranzniederlegung	17 Uhr Neuer Friedhof Schwedt	
02.09.2020	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau	
10.09.2020	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle	
15.09.2020	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum	
17.09.2020	SVV Schwedt	16:00 Uhr	
07.10.2020	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau	
15.10.2020	Stadtvorstand	16:30 Uhr Geschäftsstelle	
04.11.2020	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau	
05.11.2020	Stadtvorstand	16:30 Uhr Geschäftsstelle	

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

28.08.2020	Sebastian Woitschach	zum 30. Geburtstag
05.09.2020	Jürgen Franz	zum 85. Geburtstag
05.09.2020	Christa Dannehl	zum 80. Geburtstag
23.09.2020	Ingeborg Kirsch	zum 80. Geburtstag
23.10.2020	Kurt Büttner	zum 95. Geburtstag



Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

19.08.2020	Ilse Nickel	zum 77. Geburtstag
19.08.2020	Ingeborg Zerbe	zum 67. Geburtstag
25.08.2020	Bernd Meyner	zum 72. Geburtstag
25.08.2020	Renate Meile	zum 68. Geburtstag
26.08.2020	Monika Gohl	zum 72. Geburtstag
08.09.2020	Hubert R. Weidemann	zum 22. Geburtstag
18.09.2020	Marvin Schulz	zum 27. Geburtstag
21.09.2020	Frank Bismar	zum 57. Geburtstag
24.09.2020	Simone Kambs	zum 49. Geburtstag
26.09.2020	Manfred Giel	zum 76. Geburtstag
04.10.2020	Tobias Andres	zum 24. Geburtstag
06.10.2020	Rosemarie Klaschka	zum 77. Geburtstag
09.10.2020	Reiner Prodöhl	zum 68. Geburtstag
10.10.2020	Irmgard Rothnik	zum 86. Geburtstag
11.10.2020	Heike Heise-Heiland	zum 56. Geburtstag
23.10.2020	Arno Damm	zum 84. Geburtstag

KoppHoch erscheint alle zwei Monate. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt. Redaktionsschluss der Ausgabe 05-2020: 19.10.2020

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE
Basisorganisation Schwedt

V.i.S.d.P.:

I. Giel

Redaktion:

M. Gohl, I. Giel, T. Andres

Gestaltung:

M.+I. Giel

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei
DIE LINKE Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 207/208

Mo + Mi 10-12 Uhr, Do 15-17 Uhr

Leiter der Geschäftsstelle:

Di, 10-12 Uhr

Finanzen

Mo, 31.08.2020, 10 bis 12 Uhr

Mo, 07.09.2020, 10 bis 12 Uhr

Mo, 28.09.2020, 10 bis 12 Uhr

Mo, 05.10.2020, 10 bis 12 Uhr

Mo, 26.10.2020, 10 bis 12 Uhr

Kontakt und Adressen

DIE LINKE

Basisorganisation Schwedt/Oder
Auguststraße 2, 16303 Schwedt

e-mail:

schwedt@dielinke-uckermark.de

Tel.: (03332) 31928

Webseite:

www.dielinke-uckermark.de